

Wahlprogramm der Offenen Linken Liste 2015

1. Ausfinanzierung

Seit 2012 steht eine Struktur- sowie Kürzungsdebatte im Raum. Die Landesregierung möchte den Haushalt konsolidieren, indem sie unter anderem bei den Hochschulen in Sachsen-Anhalt 50 Millionen Euro kürzt. Durch ihre Kürzungspolitik beschneidet sie jedoch nicht nur das Grundrecht auf Bildung, sondern schadet außerdem noch der Wirtschaft, wodurch ihr selbst Steuereinnahmen verloren gehen. Halle ist ohne Studierende nicht vorstellbar und das Vorhaben der Landesregierung geradezu paradox! Bildung ist kein Gut, an dem gekürzt werden darf, während Milliarden in die Rettung von Banken fließen. Deshalb fordern wir, alle Hochschulen auszufinanzieren und sie nicht länger gegeneinander auszuspielen!

Wir stehen ein für:

- Eine Ausfinanzierung der Bildungslandschaft
- Den Erhalt der Fächervielfalt
- Eine Strukturdebatte ohne Kürzungsdruck
- Ausbau des Studienangebotes nach den Interessen der Studierenden

2. Studierendeninteressen

Der durchgetaktete Unialltag dient natürlich einem bestimmten Zweck: Uns Studierende so schnell wie möglich auf den Arbeitsmarkt zu werfen. Ein möglichst hoher Wissensgewinn und die freie Entfaltung eines jeden einzelnen Menschen sind leider nicht das Ziel unserer Universitäten. Dennoch, es lassen sich kleine Freiräume für uns erkämpfen wenn wir uns aktiv in den Gremien der Hochschule einbringen. Kernpunkte unserer Gremienarbeit sollten deshalb ein breites Lernangebot nach unseren Interessen sein, bei dem wir uns auf vielfältige Weise in die Gestaltung von Seminaren einbringen können. Weiterhin fordern wir die Abschaffung der Anwesenheitspflicht, die Reduzierung der Prüfungslast und eine Erweiterung der Prüfungsformen. Wir fordern längere Bibliotheksöffnungszeiten und eine Verlängerung der geradezu lächerlich kurzen Regelstudienzeit, vor dem Hintergrund, dass die Hälfte aller Studierende diese sowieso überschreitet. Ehrenamtliches Engagement muss größere Anerkennung bei den Studienleistungen finden. Wichtig ist außerdem, dass das Angebot an Masterplätzen ausgebaut werden muss, damit jede*r Bachelorstudent*in auch einen Masterplatz bekommen kann.

Wir stehen ein für:

- Einen Gremienmittwoch = Veranstaltungsfreier Nachmittag für Engagement
- Professorenmehrheit in den universitären Gremien brechen!
- Mitsprache der Studierenden bei den Lehrinhalten
- Die Verlängerung der Regelstudienzeit
- Die Abschaffung der Anwesenheitspflicht
- Die Reduzierung der Prüfungslast
- Eine Verlängerung der Bibliotheksöffnungszeiten
- Alternative Arbeitsplatzmöglichkeiten zum selbständigen lernen neben den Bibliotheken

- Anerkennung der Gremienzeitbescheinigung für Institutsgruppen
- Masterplatzgarantie

3. Gleichstellung und Inklusion

Inklusion bedeutet das Gegenteil von Ausgrenzung, daher sollten alle Studierende und Mitarbeiter*innen die Chance bekommen, am universitären Leben teilnehmen zu können. Um dies zu gewährleisten, ist es notwendig, Lehrveranstaltungen und Unigelände barrierefrei zugänglich zu machen. Die Uni setzt sich unserer Ansicht nach aber nicht genug dafür ein, Barrierefreiheit umzusetzen. Mit der Unterstützung des AK Inklusion des StuRas versuchen wir auf die Wichtigkeit von Inklusion aufmerksam zu machen und Wege aufzuzeigen, wie Inklusion funktionieren kann.

Zu diesem Thema gehört für uns auch die bessere Einbindung des Studienkollegs in das universitäre Leben, sowie Eltern mit Kindern das Studieren zu Kitazeiten zu ermöglichen. Auch die Integration von Geflüchteten in den universitären Raum soll für uns zukünftig eine größere Rolle spielen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Universität für Geflüchtete öffnet. Eine kostenlose Gasthörerschaft für Geflüchtete ist dabei eines unserer Ziele.

Sexismus und sexualisierte Gewalt an der Uni sind real, auch wenn sie meist im Verborgenen passieren. Um aber Sexismus und sexualisierte Gewalt öffentlich machen zu können, ist es wichtig diese auch zu erkennen, genau deswegen arbeiten wir gerade an einer Aufarbeitungskommission für sexuelle Belästigung, in der durch Antisexismus-Veranstaltungen Präventionsarbeit geleistet werden soll. Wenn es um Sexismus und sexuelle Gewalt geht, sollen nicht nur die Mitarbeiter*innen der Uni geschützt werden, sondern auch die Studierenden.

Für uns ist ein offensiver Umgang mit dem Thema die einzige Möglichkeit dagegen vorzugehen. Deshalb setzen wir uns für eine gründliche und schnelle Aufarbeitung von Fällen sexueller Belästigung an der Uni ein.

Es liegt an allen, das universitäre Leben frei von Geschlechterkonstruktionen und Abhängigkeitsverhältnissen zu gestalten.

Wir stehen ein für:

- Aufarbeitung von Fällen sexueller Belästigung an der Uni
- Antisexismusveranstaltungen
- Aktualisierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes bezogen auf Studierende
- Prävention sexueller Belästigung
- Mitarbeit im Arbeitskreis gegen sexuelle Belästigung der Uni
- Zusammenarbeit mit studentischen Gleichstellungsbeauftragten
- Barrierefreiheit in der Universität
- Unterstützung des AK Inklusion und des AK Studieren mit Kind
- Erhalt des Studienkollegs und bessere Teilhabe internationaler Studierender am Unialltag
- Lehrveranstaltungen zu Kitazeiten
- Kostenlose Gasthörerschaft für Geflüchtete

4. Antifaschismus und Antirassismus

Diese Welt sollte überall einen Platz für jeden Menschen bieten. Die BRD erlebt momentan ein beängstigendes Maß an rassistischer Stimmungsmache und Gewalttaten, auch an der Universität gibt es Rassist*innen. Die OLLi beteiligt sich aktiv am Kampf gegen Menschenfeindlichkeit jeder Couleur. Das bedeutet nicht nur, dass wir mit offenen Augen durch den Uni-Alltag gehen und bei menschenfeindlichen Äußerungen einschreiten, sondern auch, dass wir uns in den Gremien für eine Unterstützung von antifaschistischen Bündnissen einsetzen, Anfahrten zu Demonstrationen finanzieren und Vorträge zu diesen Themen organisieren. Ein mögliches Projekt für die Zukunft könnte sein, die Universität für Geflüchtete zu öffnen, Lüneburg geht in diesem Punkt beispielhaft voran. Eine wichtige Aufgabe bleibt die kritische Auseinandersetzung mit Studentenverbindungen und Burschenschaften, die bis heute die autoritärsten und reaktionärsten Zusammenschlüsse von Studierenden sind.

Wir stehen ein für:

- Zivilen Ungehorsam
- Eine vielfältige und tolerante Gesellschaft
- Bündnis Halle gegen Rechts
- Integration von Geflüchteten

5. Interessen von lohnabhängig Beschäftigten

Wer nicht selbst Privateigentum an Produktionsmittel besitzt, ist dazu gezwungen seine*ihre Arbeitskraft zum Lebensunterhalt zu verkaufen.

Viele Studierende müssen ihr Studium selbst finanzieren. Das heißt, wir werden neben unserem Vollstudium einen beachtlichen Teil unserer Zeit – die durch das durchgetaktete Bachelor/Mastersystem ohnehin knapp ist – mit Lohnarbeit verbringen. Studierende sind dabei in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Chef*innen. Oft verzichten sie auf zahlreiche Arbeitsrechte, da es sich bei ihrem Arbeitsverhältnis ja „nur“ um einen Nebenjob handelt. Schon längst haben sich Arbeitgeber*innen Schlupflöcher gesucht, um den Mindestlohn von 8,50 Euro nicht zahlen zu müssen. Wir sehen unsere Aufgabe auch darin, gemeinsam mit den gewerkschaftlichen Hochschulgruppen auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Bei der Arbeit in den Gremien achten wir darauf, dass Aufträge an tarifgebundene Unternehmen gehen.

Ein Großteil aller Studierenden werden zukünftig lohnabhängig beschäftigt sein. Für unsere Arbeit bedeutet das konkret, dass Beschäftigte der Universität in ihren Tarifikämpfen unterstützt werden müssen. In den letzten Jahren haben wir einen guten Kontakt zu den Personalrät*innen der Universität aufgebaut. Sie sind gute Verbündete im Kampf um bessere Studienbedingungen.

Wir stehen ein für:

- Keine prekäre Beschäftigung an der Universität
- Zusammenarbeit mit Gewerkschaften

- Bevorzugte Zusammenarbeit mit tarifgebundenen und nachhaltig arbeitenden Unternehmen

6. Nachhaltigkeit

Eine antikapitalistische Gesellschaft ist für uns eine nachhaltige Gesellschaft. Auch wenn wir von diesem Ziel noch weit entfernt sind, so sind Themen der Ökologie ein Baustein in unserer Arbeit. Im letzten Jahr haben zwei OLLi-Sturamitglieder die Woche der Nachhaltigkeit organisiert. Veranstaltungen drehten sich u.a. um das Upcycling, unnötigen Ressourcenverbrauch in der Universität und die Vorstellung lokaler Initiativen. Beliebt ist auch die von uns organisierte Fahrradwerkstatt auf dem Uniplatz. Mobilität ist jedoch mehr als das Fahrrad: So sind OLLi-Mitglieder auch bei den Verhandlungen des Semestertickets involviert gewesen. Aktuell beteiligen wir uns im Bündnis Alternative Mensa, welches bereits täglich ein veganes Gericht in der Harzmensa etabliert hat.

Wir stehen ein für:

- Eine von Studierenden organisierte Fahrradtauschbörse und –werkstatt
- Das Bündnis Alternative Mensa
- Zwei Mitglieder der OLLi haben die Woche der Nachhaltigkeit organisiert

7. Antimilitarismus

Wir wollen eine friedliche Uni. Das Forschen für militärische Zwecke stellt für uns allerdings keinen friedlichen Zweck dar, sondern steht in enger Verbindung mit Krieg und Unterdrückung.

Daher fordern wir eine Zivilklausel an der Uni, denn insbesondere universitäre Forschung sollte nur für zivile und nicht für militärische Zwecke genutzt werden.

Ein kritischer Umgang mit Dozierenden, die für die Bundeswehr oder Rüstungsunternehmen forschen und auch zu Veranstaltungen dieser einladen, ist unumgänglich. Auch sollen Bundeswehr und Rüstungsunternehmen keine Informationsstände oder sonstige Werbung auf jeglichen Univeranstaltungen und Unigeländen aufstellen dürfen.

Um diese Diskussion weiter voran zu treiben, haben wir den AK Zivilklausel im StuRa mitgegründet und organisieren regelmäßig Veranstaltungen zum Thema Antimilitarismus.

Wir stehen ein für:

- Kritischen Umgang mit Bundeswehr und Rüstungsunternehmen
- Kritischen Umgang mit Dozent*innen, die für Bundeswehr und Rüstungsunternehmen forschen
- Die Offenlegung der Drittmittel
- Den Arbeitskreis Zivilklausel
- Verbot der Werbung von Bundeswehr und Rüstungsunternehmen

